

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.261.003

Wien, am 9. Juni 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Wurm, Kolleginnen und Kollegen haben am 9. April 2021 unter der Nr. **6277/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Hilferuf eines ÖVP-Bürgermeisters aus dem Pinzgau“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2 und 3:

1. *Welche Antwort haben Sie Herrn ÖVP-Bürgermeister Erich Czerny aus Krimml im Oberpinzgau auf seinen Brief gegeben?*
2. *Wie beurteilen Sie generell die von Herrn ÖVP-Bürgermeister Erich Czerny aufgeworfene Problematik?*
3. *Wie werden Sie Ihre Test- und Impfstrategie bezüglich der von Herrn ÖVP-Bürgermeister Erich Czerny aufgeworfenen Kritikpunkte ändern und bis wann?*

Die genannte Nachricht erging per E-Mail am 26. März 2021 an sebastian.kurz@bka.gv.at. Die mit den Fragen angesprochenen Themengebiete liegen gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986 idGF jedoch in der inhaltlichen Zuständigkeit des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz. Da auch der

Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz dieses Schreiben erhalten hat, wurde er um eine gesamthafte Antwort ersucht. Diese Antwort ist am 6. April 2021 an Herrn Czerny ergangen. In diesem Zusammenhang darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 6148/J vom 26. März 2021 durch den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz verweisen.

Darüber hinaus ersuche ich um Verständnis, dass Fragen zur Test- und Impfstrategie, gemäß den maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere jenen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der geltenden Fassung, BGBl I Nr. 30/2021, nicht Gegenstand meines Vollzugsbereiches sind und somit von mir nicht beantwortet werden können. Darüber hinaus darf ich darauf hinweisen, dass Meinungen und Einschätzungen nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechtes sind.

Sebastian Kurz

